Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Tier / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschaftler

Bezugspreis monatl. frei Haus 2.50 M. (halbmonatl. 1.25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 15690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsp. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16–18 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum [illegible] Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil ein[illegible] 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-[illegible] Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Freitag den 12. April 1929 — Nummer 85

Heute 19.30 Uhr, Kunstlerhaus, Grunaer Straße
Roter Presseabend
mit Russenfilm
10 Tage, die die Welt erschütterten!
Karten a. d. Abendkasse!

Gegen Bürgerblock und Koalitionspolitik!

Wählt Kommunisten: Liste 5!

Arbeiter, Arbeiterinnen! Werktätige Sachsens!

Am 12. Mai soll die werktätige Bevölkerung Sachsens **erneut** mit dem Stimmzettel ihr Urteil über die Politik des **Massenelends**, der brutalsten Unterdrückung und der gesteigerten **Kriegsrüstung** aussprechen.

Werktätige! Sprecht euer Urteil:

Gegen die großagrarischen **Deutschnationalen**, die Partei der **Lebensmittelverteuerung** und der monarchistischen Reaktion.

Gegen die großkapitalistische **Deutsche Volkspartei**, die Partei **der Rationalisierung, der Massenaussperrung, der Lohnkürzung und der** Arbeitszeitverlängerung!

Gegen die betrügerische **Wirtschaftspartei**, die Partei der **korrumpiertesten** Geschäftemacher, des Mietwuchers und der Vernichtung des Kleingewerbes.

Gegen die Hilfstruppen der Reaktion, die verächtlichen **Demokraten**, die heuchlerischen verlogenen **Aufwerter**, die **faschistischen Nationalsozialisten**, die Terrorbande der Reaktion.

Gegen die **altsozialdemokratischen** Schrittmacher des Sozialfaschismus und des Arbeiterbetrugs.

Die Regierung des Sozialfaschisten Heldt in Sachsen war **die** Wegbereiterin und Vollstreckerin der sozialdemokratischen **Koalitionspolitik** im Reiche.

Verhöhnung der Erwerbslosen und Sozialrentner

Ablehnung der Kinderschulspeisung, reaktionärste Schulpolitik, Millionengeschenke an die Kirche und Millionengeschenke an die Hausbesitzer, das war die Tätigkeit der Heldt-Regierung.

Dem aufgelösten Landtag lagen noch Gesetzentwürfe vor, **auf** Kosten der Werktätigen **der Kirche neue Geschenke** von jährlich 1 Millionen Mark und den **Hausbesitzern ein Geschenk von abermals 12 Millionen Mark zu machen.**

Der Landesschlichter Haack fällte den Schiedsspruch für die **54-Stundenwoche** der Textilarbeiter. Statt des versprochenen Achtstundentages wurde damit eine **Verlängerung der Arbeitszeit diktiert**... Das geschah in voller Uebereinstimmung mit dem „SP"-Minister Heldt und dem SPD-Minister Wissell. Die ASP-**Politik** ist und bleibt die **Politik** aller SPD-Minister.

Ein Jahr ist vergangen, seit die SPD mit lauten Jubelhymnen ihren Reichstagswahlsieg feierte, seit sie durch die **Koalitionsregierung** Hermann Müller die Führung der Reichspolitik übernahm.

Diese Koalitionsregierung hat den imperialistischen, arbeiterfeindlichen Kurs des Bürgerblocks fortgesetzt und noch verschärft.

Hunderte von Millionen für **Panzerkreuzer** und Reichswehr, **aber Kürzung der sozialen Ausgaben.**

Hungerdiktate sozialdemokratischer Schlichter und Minister **gegen** die Ruhrproleten und die Textilarbeiter.

Gesteigertes **Erwerbslosenelend**, Ablehnung der Winterbeihilfe, Raub der Unterstützungen für Saisonarbeiter, Abwürgung **aller** Verbesserungen der Krisenfürsorge durch die SPD, Unterstützungsraub für Millionen Ausgesteuerte.

Völlige Preisgabe der Forderungen der Invaliden- und Altersrentner durch die SPD.

Mehrere hunderte Millionen neuer Steuerlasten für die Werktätigen, ein neuer schändlicher Lohnsteuerbetrug, aber Steuerentlastung für die Besitzenden und Subventionen für die Trustbourgeoisie und Großgrundbesitz.

Erhöhung der Mais- und Zuckerzölle, Verteuerung von Brot und Fleisch auf Befehl der Großagrarier: Das ist das Programm der Hungeroffensive und der Kriegsrüstung, das die sozialdemokratische Koalitionsregierung im Reich durchführt.

Gleichzeitig marschiert die gefeierte Regierung der Weimarer Koalition in Preußen an der Spitze der finstersten Reaktion

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun führt geheime Konkordatsverhandlungen mit der katholischen Kirche, mit dem Papst, dem Verbündeten des Faschismus. Sozialdemokratische Polizeipräsidenten verbieten der revolutionären **Arbeiterschaft** die Straße, **hetzen ihre Gummiknüppelgarden gegen** demonstrierende Arbeiter. Der sozialdemokratische Innenminister Grzesinski droht mit dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes und der Kommunistischen Partei. Was Keudell **nicht gelang, das sollen Severing und Grzesinski durchsetzen. In Berlin** und Hamburg herrscht tatsächlich seit Monaten der Belagerungszustand.

Das ist die gleiche brutale Unterdrückungspolitik wie 1923/24 als der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert und der sozialdemokratische Innenminister Sollmann die Reichswehr nach Sachsen schickte. Als damals die linkssozialdemokratischen Verräter, die Zeigner, Graupe und Saupe unterstützt durch das feige Kapitulantentum der Brandler, Thalheimer und Böttcher den Widerstand der Arbeiterklasse zerbrachen, wurde auf den Spitzen der Bajonette der Reichswehr die Regierung der „Linken" Fellisch-Liebmann gegründet, die sich damit als die skrupellosesten, gefährlichsten Feinde des kämpfenden Proletariats erwiesen. Diese „Linken" bahnten der Bürgerblockherrschaft den Weg.

Mit Hilfe der „linken" Sozialdemokraten kamen die Sozialfaschisten in Sachsen zur Macht

Ueberall im Reiche betreiben die SPD-Minister genau die gleiche arbeiterfeindliche reaktionäre Politik, wie die Heldt und Konsorten in Sachsen. Deshalb:

Kein Kampf gegen den Faschismus ohne Kampf gegen den Sozialfaschismus!

Kein Kampf gegen die Bourgeoisie ohne Kampf gegen ihre sozialdemokratischen Koalitionsgenossen und ihre „linken" Zutreiber.

Kein Kampf gegen **Imperialismus** ohne Kampf gegen den Sozialimperialismus!

Durch Kampfleitungen, Wahl roter Betriebsräte und gewaltige Erwerbslosendemonstrationen haben die Massen ihrer Kampfentschlossenheit Ausdruck gegeben. Eine tiefgehende Radikalisierung der arbeitenden Massen vollzieht sich.

Um trotzdem die imperialistische Rüstungspolitik, die sozialfaschistische Koalitionspolitik, die reaktionäre Kulturpolitik, die wirtschaftsfriedliche Schlichtungspraxis, die gelbe Streikbruchtaktik durchzuketzen, werfen die reformistischen Bureaukraten die Vorkämpfer der revolutionären Arbeiterschaft aus den Gewerkschaften, aus dem Freidenkerverband, aus den Sportorganisationen hinaus.

Die „linken" Sozialdemokraten führen in Sachsen die gleiche Spaltungsoffensive durch

Sie werfen fortgesetzt revolutionäre Arbeiter aus den Organisationen heraus. Der „radikale" Bevollmächtigte des Leipziger DMV, Schäfer, schließt revolutionäre Metallarbeiter aus. Der erste Massenausschluß in Deutschland erfolgte im „linken" Leipzig. 35 oppositionelle Betriebsräte der Straßenbahn wurden jetzt aus dem Verkehrsbund ausgeschlossen. Der „linke" Bergarbeiterverbandsangestellte Ullmann führt die Ausschlüsse gegen die revolutionären Bergarbeiter durch. Sie treiben genau die gleiche Zerstörungspolitik, wie die schlimmsten rechten Bureaukraten, die Hulemann und Brandes.

Sozialdemokratische Schlichter verhängen Schandschiedssprüche

gegen kampfentschlossene Arbeiter. Linkssozialdemokratische Führer predigen Unterwerfung unter diese Schiedssprüche und verhindern mit allen Mitteln den Ausbruch von Arbeitskämpfen gegen Unternehmertum, Schlichtungsdiktatur und reformistische Bureaukratie. Der frallste Betrug wurde an den Textilarbeitern verübt.

Die rechten SPD-Minister Hilferding und Wissell willigen brutal alle Arbeitslosenforderungen ab. SPD-Abgeordnete im Sächsischen Landtag beschimpfen die Erwerbslosen als „Gesindel" und „linke" SPD-Bureaukraten in den Gemeinden lassen durch Gummiknüppelattacken ihrer Polizei die Erwerbslosendemonstrationen niederschlagen.

ASP-Minister in Sachsen schlagen **neue Millionengeschenke an die Kirche** vor; SPD-Minister in Preußen beschreiten durch die Konkordatsverhandlungen den gleichen Weg und die „linke" sächsische SPD ist bereit, eine erhöhte „Abfindung" der Kirche mitzumachen. Erhöhte Zuschüsse an die Arbeiterturner und Sozialrentner aber lehnt sie rundweg ab.

Die SPD-Minister sind für die Bewilligung des vollen Reichswehretats und für ein positives Wehrprogramm.

Die „Linken" wollen angeblich einige Abstriche, aber sie erklärten ausdrücklich ihre Bereitschaft, eine halbe Milliarde für die Reichswehr, für die Bürgerkriegsarmee des deutschen Trustkapitals zu bewilligen. Ihr Wehrprogramm ist nicht Beseitigung der Reichswehr, sondern deren „Demokratisierung"! Unter solchen Phrasen verhüllen sie ihre Zutreiberdienste für die imperialistische Koalition.

Die sozialdemokratischen Minister haben den Bau der Panzerkreuzer beschlossen, die „linken" Sozialdemokraten haben ihren ganzen Einfluß aufgeboten, um die Massenaktion des Volksentscheids gegen den Panzerkreuzerbau **zu verhindern. Gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien haben sie dem Wehrminister Groener, dem Organisator der Kriegsrüstungen gegen** die Sowjetunion, das Vertrauen ausgesprochen.

Die „linke" Sozialdemokratie ist mit solchen Taten schon jetzt die beste Stütze der Koalitionspolitik im Reiche. Durch eure Stimmen, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen Sachsens, wollen diese „linken" Sozialdemokraten genau so die **Ministersessel in der sächsischen Regierung erobern**, wie sie vorher die Millionen von Arbeiterstimmen als Sprungbrett für die sozialdemokratischen Minister im Reiche mißbrauchten.

Wie im Mai 1928, so wird im Mai 1929 die linke wie die rechte Sozialdemokratie nach den Wahlen die Wahlversprechungen verraten.

Die sächsische Sozialdemokratie steuert mit vollen Segeln in die Koalitionsregierung. Kein Wort ihres Wahlaufrufes wendet sich gegen die Schandpolitik der Hermann-Müller-Regierung, kein Wort gegen die Koalitionspolitik. **Eine sächsische** Koalitionsregierung wird in der Zeit der verschärften Klassenkämpfe, genau wie die Koalitionsregierung im Reiche, den Bürgerblockkurs fortsetzen und verschärfen. Wenn die Fleißner, Liebmann, Lipinski, Graupe u. Co wieder in der Regierung sitzen, werden sie noch rücksichtsloser und brutaler als die Heldt und Beyhke die Arbeiterklasse verraten und niederknüppeln.

Nicht durch Ministerposten kann die Lage der werktätigen Massen gebessert,

die Ausbeutung überwunden, der Friede gesichert, der Weg zum Sozialismus freigemacht werden. Es gibt nur einen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse, den **Weg des revolutionären Klassenkampfes.** Im Betrieb, an den Stätten der Ausbeutung müssen sich die Arbeiter in engster Gemeinschaft mit den Erwerbslosen und Arbeiterinnen unter der roten Fahne des Kommunismus zusammenschließen zum Kampf gegen die Ausbeuter, gegen ihren Staat, gegen ihre sozialdemokratischen Agenten. In Massen müssen sich die proletarischen Frauen, die Jungarbeiter in diese Kampffront einreihen.

Nur durch den schärfsten außerparlamentarischen Kampf mit allen Mitteln

können die arbeitenden Massen ihre Forderungen durchsetzen:

Achtstundentag, Fünfundvierzigstundenwoche und Lohnerhöhung.

Siebenstundentag im Bergbau und in den gesundheitsschädlichen Betrieben. Sechsstundentag für Jugendliche.

Beseitigung der die Massen belastenden Zölle und Steuern, insbesondere der Hauszinssteuer und entsprechende Senkung der Mieten.

Bereitstellung ausreichender Mittel aus der schroff zu staffelnden Vermögens- und Erbschaftssteuer für soziale Zwecke.

Sofortige Inangriffnahme des Baues von Arbeiterwohnungen zum Friedensmietpreis durch die Kommunen.

Beschlagnahme aller Luxuswohnungen und ihre Zuteilung an kinderreiche Familien.

Ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit.

Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß durch Arbeitszeitverkürzung und Durchführung gemeinnütziger Arbeitsbeschaffung zu Tariflöhnen. Verhinderung von Betriebsstillegungen.

Wohlfahrts- und Fürsorgeunterstützung in der Höhe eines auskömmlichen Existenzminimums.

Völlige Lehr- und Lernmittelfreiheit, allgemeine Durchführung der Schulspeisung. Verweltlichung des gesamten Schulunterrichts.

Steuerliche Entlastung der Kleinbauern, Gewährung von zinsfreien Darlehen.

Auflösung der faschistischen Organisationen.

Auflösung der als Bürgerkriegsarmee ausgebildeten Landespolizei.

Beseitigung der reaktionären Bureaukratie und Justiz, Aufhebung der Landesschlichterstelle.

Aufhebung aller die kommunale Selbstverwaltung einschränkenden Bestimmungen.

Keine Koalitionsregierung, keine sozialdemokratische Regierung wird auch nur das Geringste zur Durchführung dieser Forderungen tun

Jede Regierung, die sich auf das bürgerliche Parlament, auf die reaktionäre Bureaukratie, auf die **Polizeigewalt** des bürgerlichen Staates stützt, kann nichts anderes sein als ein